

# Pulsnitzer Tageblatt

Hauptredaktion: Pulsnitz, Postfach 18. Tel.-Nr.: 133. Pulsnitzer Tageblatt Pulsnitz  
Postfach 18. Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und  
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz



**Erscheint an jedem Werktag**  
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend

Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 41 mm breite Zeitzeile (Moffe's Zeilenmesser 14) RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Kamenz RM 0.20. Amtliche Zeile RM 0.75 und RM 0.60. Reklame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Kamenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshäfen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großböhndorf, Brettnig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von C. F. Rosters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 11

Freitag, den 13. Januar 1928

80. Jahrgang

## Das Wichtigste

Ueber das Reichsschulgesetz konnte eine teilweise Einigung erzielt werden. Der Bürgermeister von Straßburg, Peierates, wurde auf dem Wege zum Rathaus von einem Arbeiter auf der Straße angehalten und verprügelt. Der Bürgermeister erlitt schwere Kopfverletzungen. Der Attentäter, der scheinbar einen Racheakt begangen hat, wurde verhaftet.

Wie die Berliner Morgenblätter aus Mexiko melden, wurden in Coahuila 6 mexikanische Arbeiter unter dem Verdacht verhaftet, daß sie die deutsche Farmerfrau Margarete Winter und ihr Kind ermordet haben.

Wie verlautet, enthält die amerikanische Antwortnote an Frankreich bezüglich des Antiriespates die Forderung, daß auch England, Deutschland, Italien und Japan zum Abschluß von Antiriespatsverträgen eingeladen werden, da ein solcher Vertrag zwischen Amerika und Frankreich allein nutzlos bleiben müßte.

Marinefaktör Wilbur teilte im Marineauschuß des Repräsentantenhauses mit, das amerikanische Marineamt habe ein umfassendes 20-jähriges Bauprogramm entworfen, wovon das bereits gemeldete 725-Millionen-Programm nur einen Teil bilde. Das Gesamtprogramm koste 3 Milliarden Dollar.

Clarence Chamberlain ist gestern vormittag um 10.11 Uhr auf Roosevelt Island in New York verstorben. Er war ein berühmter amerikanischer Journalist und Schriftsteller.

Der argentinische Außenminister Gallardo hat gestern vormittag Paris verlassen und begab sich nach Boulogne, wo er sich nach Buenos Aires einschiffen wird.

Bei Ruffshut (Rumänien) ist die Donau noch immer in einer Länge von 48 Kilometern völlig eingetrocknet. Das Eis reicht an einigen Stellen bis auf den Grund. Das Wasser beginnt jetzt über die Ufer zu strömen und droht tiefer gelegene Ortschaften. Bei Ruffshut arbeitet bulgarisches und rumänisches Militär, letzteres mit Artillerie und Fliegerbomben, um die Eismassen in Bewegung zu bringen.

Wie aus Rio de Janeiro gemeldet wird, ist die Stadt Araxa im Staate Minas Geraes vom Hochwasser völlig überflutet. 6000 Menschen sind obdachlos. Eine Hilfsaktion ist eingeleitet, da im Uberschwemmungsgebiet Hungersnot droht.

## Vertikale und sächsische Angelegenheiten

**Pulsnitz.** (Weihnachtsvergügen.) Wie alljährlich, so feiert auch dieses Jahr der Sächs. Militärverein Pulsnitz morgen, Sonntag, den 14. Januar, 1/8 Uhr, im Fremdenhof „Schützenhaus“ sein Weihnachtsvergügen und wäre ihm wie immer, ein reger Zutritt zu wünschen. In Anbetracht des vielseitigen Programms, besonders aber des umfangreichen Theaterstückes wegen, wird nochmals auf das pünktliche Beginnen hingewiesen.

— (Gesellenprüfungen.) Mit Ostern kommt wieder der Zeitpunkt heran, wo eine große Anzahl von Handwerkslehrlingen ihre Lehrzeit beendet. Die Gewerkekammer Zittau hat schon wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß ein vollständiger Abschluß der Lehrzeit erst durch die Ablegung der Gesellenprüfung erreicht wird. Die Ablegung dieser Prüfung, die nach SS 131 ff. der Gewerbeordnung abgenommen wird, liegt ganz im Interesse des Lehrlings, da mit deren Bestehen wesentliche Rechte und Vorteile verbunden sind. Zunächst erwirbt sich der Lehrling die Berechtigung, sich geprüfter Geselle nennen zu dürfen. Zweitens kann ihm die Ablegung der Prüfung auch wirtschaftliche Vorteile bringen; bei Bewerbungen um eine Arbeitsstelle gibt ein gutes Prüfungsergebnis oft genug den Ausschlag. Viel bedeutender aber wird der wirtschaftliche Vorteil für seine Zukunft. Ohne Ablegung der Gesellenprüfung kann der junge Handwerker später nicht zur Meisterprüfung zugelassen werden; er darf sich niemals Meister mit der Bezeichnung seines Handwerks nennen und keine Lehrlinge ausbilden. Durch die Ablegung der Prüfung erwirbt sich also der Lehrling große Rechte und wirtschaftliche Vorteile, sobald nicht oft genug auf den Wert der Prüfung für sein späteres Fortkommen hingewiesen werden kann. Diejenigen Lehrlinge, deren Lehrmeister einer Innung angehören, haben ihre Gesellen- und Zulassung zur Prüfung an die in Frage kommende Innung einzureichen, während die Lehrlinge, deren Lehrmeister keiner Innung angehören, die Zulassungsgesuche an die Gewerkekammer Zittau, Vestingstraße 32, zu richten haben. Die Anmeldung bei der Gewerkekammer hat bis zum 15. Februar 1928 zu erfolgen.

— (Kommunalpolitische Arbeitstagung des Deutschen Nationalen Handlungsgehilfen-Verbandes in Leipzig.) Am Sonntag, 8. Januar, fand in Leipzig für den Kreis Leipzig eine Tagung der kommunalpolitisch tätigen Mitglieder des DNV statt. Nach Begrüßung durch Herrn Gaubildungsobmann Zieschang hielt Herr Günther-Hamburg zwei Vorträge über: „Der DNV im Parteienstaat“ und „Grenzfragen der staats- und kommunalpolitischen Arbeit“. In seinen Vorträgen zergliederte er den Sinn einer nutzbringenden parlamentarischen Betätigung und den sich daraus ergebenden Aufgaben der kommunalpolitisch tätigen Staatsbürger. Der DNV, der den Stand der deutschen Kaufmannsgehilfen nicht nur als eine Interessengruppe, sondern als eine lebendige Gliederung des deutschen Volkes betrachtet, stellt sich in der Wahrnehmung seiner Interessen immer dem Ganzen der Nation verantwortlich. Dann referierte Herr Stadtverordneter-Bizevorsitzer Carlo Leipzig über praktische kommunalpolitische Alle Referate wurden mit großem Beifall aufgenommen. Anschließend daran fand eine rege Aussprache statt, in welcher zu den

## Oberschlesiens Grenzkampf gegen Polen

Die Millionenschwindereien bei den Leunawerken — Jahresbericht des Arbeitsministers — Graf Westarp über die Aufgaben des jetzigen Reichstages

**Calonder entscheidet zugunsten der deutschen Minderheit.**  
Kattowitz. Wegen der Minderheitsschule in Brzezinka hatte der Deutsche Volksbund eine Beschwerde beim Minderheitenamt in Kattowitz eingereicht, die der Gemischten Kommission zur Erledigung überwiesen wurde. Der Sachverhalt ist folgender: Der Schulverband Brzezinka verfügt über drei Schulgebäude und zwar in Brzezinka, der Kolonie Laxisch und in Morigi. Obwohl nun der weitaus größte Teil der Anmeldungen der deutschen Minderheitsschule aus Brzezinka, nur einige wenige aus Laxisch und keine einzige aus Morigi stammten, hatte die Schulbehörde im Jahre 1925 die Eröffnung der Minderheitsschule statt in Brzezinka in Morigi angedeutet. Mit Rücksicht auf den weiten Schulweg — die beiden Ortschaften liegen mehrere Kilometer auseinander — hatten sich die Erziehungsberechtigten von Brzezinka geweigert, ihre Kinder nach Morigi zu schicken, so daß die Minderheitsschule bis heute tatsächlich nicht in Betrieb gesetzt werden konnte.

Präsident Calonder hat jetzt entschieden, daß die Minderheitsschule in Brzezinka zu eröffnen sei. In der sehr ausführlichen Begründung wird ausgeführt, in Brzezinka sei genügend Platz vorhanden, zumal die dortigen Schulräume noch nicht einmal völlig ausgenutzt seien. Außerdem ergebe sich, daß die Minderheit durch die Unterbringung der Minderheitsschule in Morigi tatsächlich im Sinne des Artikels 75 der Genfer Konvention unter Missacht behandelt worden sei. Die zuständigen Behörden hätten sich der Minderheit in Brzezinka Schulräume zur Verfügung zu stellen.

matich die deutsche Minderheit in Oberschlesien schikanieren und unterdrückt.

**Die Millionenschwindereien bei den Leunawerken.**  
Zwei Direktionsmitglieder unter schwerem Verdacht.

Die aufsehenerregende Betrugsaffäre bei den Leunawerken, die zu einer Schädigung des Werkes um mehrere Millionen geführt hat, zieht immer größere Kreise. Ueber den bisherigen Rahmen hinaus, der immerhin nur mehr oder weniger untergeordnete Beamte umfaßte, richtet sich der Verdacht jetzt auch gegen zwei Mitglieder des Leunadirektoriums, und zwar vor allem gegen den Erbauer des Werkes, den Oberbaurat Schönbberger, der der Direktion angehörte, sowie gegen ein Mitglied der juristischen Abteilung des Direktoriums.

Direktor Schönbberger, der die Leunawerke zum wesentlichen Teil erbaut hat, leitete als Oberingenieur bis in die letzte Zeit hinein die gesamte, aus 15 bis 17 Unterabteilungen bestehende Bauabteilung der Leunawerke, in der ständig mehrere tausend Arbeiter beschäftigt sind. In einer besonderen Abteilung wurden die gesamten Abrechnungen der großen Bauabteilung erledigt. Verantwortlich für Zahlungseingänge und -ausgänge war als Chef der Bauabteilung Oberbaurat Schönbberger, dem das gesamte Material vorgelegt werden mußte. Direktor Schönbberger hatte sich, nachdem er bereits einige Male von Staatsanwalt Jacobi in Halle vernommen worden war, nach Ludwigs-hafen begeben, um dort der Generaldirektion Bericht zu erstatten. Nachdem jetzt das Verfahren gegen ihn offiziell eingeleitet worden ist, erfolgte die sofortige Amtsniederlegung Schönbbergers.

**Immer neue polnische Schifflanen.**  
Kattowitz. An höheren und mittleren Minderheitsschulen ist wiederum vier Lehrkräften von der Wojwodschafft gekündigt worden. Die Kündigung von deutschen Lehrkräften ist völlig grundlos und wendet sich lediglich gegen die deutsche Minderheit, da ein Ersatz für die gekündigten deutschen Lehrkräfte nicht zu beschaffen ist.

Da den kommenden Wahlen in Oberschlesien von polnischer Seite größte außenpolitische Bedeutung zugemessen wird und die Polen erneut deutsche Mehrheiten befürchten, versucht man mit allen Mitteln, die Deutschen von den Wahlen auszuschalten. Nach Einsichtnahme der jetzt ausliegenden Wählerlisten ist festgestellt worden, daß in einzelnen Ortschaften Hunderte, ja sogar Tausende von Namen deutscher Wähler nicht angeführt sind.

Der „Oberschlesische Kurier“ ist das erste Opfer des in Oberschlesien lebhaft beginnenden Wahlkampfes geworden. Die Donnerstagsausgabe des „Kurier“ wurde wegen eines völlig loyalen Artikels, der sich mit dem Kräfteverhältnis der schlesischen Parteien in dem Warschauer Sejm und den Aussichten der Deutschen bei den kommenden Wahlen beschäftigt, beschlagnahmt.

**Jahresbericht des Reichsarbeitsministers.**  
Die Beratung des Etats des Reichsarbeitsministeriums im Haushaltsauschuß des Reichstags leitete Reichsarbeitsminister Dr. Braun durch folgende Darlegungen ein: Die gute Konjunktur des Berichtsjahres erleichterte wesentliche soziale Fortschritte. Die Arbeitszeit konnte beträchtlich verkürzt werden. Auch die Tarifverträge konnten auf der ganzen Linie die Arbeitszeiten kürzen. Die neuen Tarifabschlüsse brachten uns auch Erhöhungen der Tariflöhne, die im allgemeinen sowohl die Mieterhöhungen als auch die Kostensteigerung der Lebenshaltung deckten und vielfach darüber hinausgingen. Im letzten Jahre ist mit der Erhebung der tatsächlich gezahlten Löhne begonnen worden. Sie beweisen klar den Charakter der Tariflöhne als Mindestlöhne und widerlegen den früher oft gehörten Vorwurf des deutschen Lohndumpings. Die Innehaltung der Tarifverträge wird mehr als früher gewährleistet durch die allgemeine Einführung der Arbeitsgerichte. Der Arbeiterschutz erfreut ebenfalls wesentliche Ausgestaltung.

Unser Wohnungsbau bleibt aus den bekannten Gründen leider noch hinter dem an sich wünschenswerten Ausmaß zurück.

Die Reichsregierung hält den Zeitpunkt für eine Steigerung der gesetzlichen Miete in absehbarer Zeit nicht für gegeben.

Verhältnismäßig günstiger als das Wohnungswesen entwickelte sich das Siedlungswesen. In der Wohlfahrtspflege steht nach wie vor die Frage der Fürsorge für die Klein- und Sozialrentner im Vordergrund des Interesses und ist noch nicht abgeschlossen. Die Lage der Kriegsbeschädigten ist durch die letzte Novelle zum Reichsversorgungsgesetz gelegentlich der Beamtenbefolgung ebenfalls wesentlich verbessert worden. Die Verbesserung wirkt sich finanziell in einem Aufwand von mehr als 200 Millionen Reichsmark aus.

**Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen.**  
Warschau. In Warschau sind am Donnerstag die deutsch-polnischen Verhandlungen zum Zwecke des Zustandekommens eines kleinen Handelsvertrages wieder aufgenommen worden. Fortschritte in den neu begonnenen Verhandlungen werden davon abhängen, ob Polen seine Zölle valorisieren wird oder nicht.

**Graf Westarp über die Aufgaben des jetzigen Reichstages.**  
Auf einer deutschnationalen Versammlung in Kassel am 12. Januar 1928 hielt Graf Westarp eine Rede, in der es u. a. hieß:

Unter den Aufgaben des jetzigen Reichstages tritt die Verfassungs- und Verwaltungsreform immer stärker in den Vordergrund. Dem agitatorischen Vorgehen der Linken fehlen wir den Hinweis auf die eigentliche Ursache planloser und verschwenderischer Ausgabewirtschaft entgegen, die wir in der Ueberparlamentarisierung aller öffentlichen Körperschaften und in der Allmacht der Parteimehrheiten erblicken.

**Ulrich Kauscher, der „unverbesserliche Optimist“.**  
Es ist etwas unverständlich, wenn angesichts der täglichen Schikanen Polens gegen Deutschland der deutsche Gesandte in Warschau, Ulrich Kauscher, sich in einer Unterredung, die er einem Vertreter einer Warschauer Zeitung gewährte, als „unverbesserlichen Optimisten“ bezeichnet, der die Hoffnung hat, daß sich die bestehenden Meinungsverschiedenheiten zwischen Deutschland und Polen doch zu einem guten Einvernehmen entwickeln würden. Es scheint fast, als habe unser Gesandter in Warschau den Blick für die Vorgänge verloren, die sich täglich in unseren östlichen Grenzorten abspielen. Oder geht der Optimismus des Herrn Kauscher so weit, daß er meint, Polen habe durch die letzte auffallend veröhnlich klingende Rede seines Außenministers die politische Linie gegenüber Deutschland geändert? Daß dem nicht so ist, dafür kann ihm Oberschlesien Beweise genug liefern, die ihm deutlich zeigen könnten, daß Polen (unter